

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © WCC/Peter Williams

Sechs Schwestern aus orthodoxen, protestantischen und römisch-katholischen Gemeinschaften sind für ein Jahr im Oekumenischen Institut Bossey bei Genf zusammengelassen. Die Schwestern leben dort zusammen, koordinieren die Gottesdienste und Gebete, nehmen an Kursen teil und sind Seelsorgerinnen für Besucher und Besucherinnen von Bossey

Eintreten gegen Rassismus: Neues Programm gefordert

Vierzig Jahre nach dem ersten Programm des Weltkirchenrates gegen Rassismus gibt es Forderungen nach einem neuen Aufbruch, sich der Frage des fortwährenden Rassismus und anderer Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung zu widmen.

„Wir glauben, dass Gott uns zu diesem Zeitpunkt aufruft, uns zu verpflichten, Werkzeuge der Veränderung in Kirche und Gesellschaft zu sein“, erklärten die Teilnehmenden an einer internationalen Konferenz zum Thema „Kirchen gegen Rassismus“ am 17. Juni im holländischen Doorn. Die Botschaft zum vierzigsten Jahrestag des Anti-Rassismusprogramms wurde während des Schlussgottesdienstes in Anwesenheit der niederländischen Königin Beatrix verlesen.

„Wir glauben, dass Gott die Mitglieder der Kirche zum Handeln für die Marginalisierten, die Armen und alle, die ausgeschlossen werden, aufruft“, heißt es in der Botschaft weiter.

„Die Weltwirtschaftskrise, der Klimawandel und die systemische Ausgrenzung, die zu Verzweigung und zunehmender Migration führen“, werden als die Elemente einer „dreifachen Krise“ beschrieben, die Veränderung nötig macht und die Chance dafür bietet.

Der Internationale Tag gegen den Rassismus sollte jährlich am 21. März als ein ökumenisches Ereignis begangen werden. Es gebe heute noch genügend Anlass für eine neue Dekade zur Überwindung des Rassismus und für die Schaffung einer gerechten und inklusiven Welt, hieß auf der Konferenz.

Die Teilnehmenden – etwa 50 Kirchenleitende, AktivistInnen und TheologInnen aus verschiedenen Ländern – befassten sich mit den Problemen von Migranten und Minderheitsgruppen wie den Roma in Europa, mit Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, mit der Missachtung der Landrechte indigener Völker sowie mit den als „unberührbar“ geltenden Dalits in Indien.

Die Konferenz wurde vom OeRK gemeinsam mit dem Rat der Kirchen in den Niederlanden sowie u.a. der Vereinigung der Migrantenkirchen in den Niederlanden veranstaltet.

Großbritannien: Kirchenmitgliedschaft unvereinbar mit Mitgliedschaft in rassistischer Partei

Die drittgrößte Kirche Großbritanniens, die Methodistische Kirche, ist die erste Kirche im Land, die ihren Mitgliedern verbietet, der

AUS DEM INHALT

Südafrika:
Apartheid – Polizeiminister wäscht Opfern Füße

Menschenrechte:
Protestanten widersprechen Russisch-Orthodoxer Kirche

Katholiken – Orthodoxe – Protestanten:
Gemeinsames Osterdatum möglich

Kanada:
Kirche fordert Abkehr von profitorientierter Energiepolitik

Wahl des neuen OeRK-Generalsekretärs:
Zwei Kandidaten nominiert

Südafrika:
Entschiedener Kampf gegen Armut verlangt

Namibia:
Grundsicherung möglich

Friedenszeugnis und „Schutzpflicht“:
Erklärung von Church and Peace

Aus Netzen und Bewegungen
.....

Westfalen:
Überwindung von Gewalt und Zukunftsfähiges Deutschland

Rhein Mosel Saar:
Sozialstandards in chinesischer Partnerprovinz

Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD):
Vorbereitung der Weltfriedenskonvokation

Pax Christi:
Truppenabzug sinnvollste Strategie für Afghanistan

Plädoyer für eine ökumenische Zukunft:
„... von der Hoffnung, die in uns ist“

Kairos Europa:
Ökologische Schulden auf Tagesordnung

British National Party (BNP) anzugehören. Für die Methodisten handelt es sich um eine Organisation, die den Rassismus befürwortet.

Die Kirche gab am 9. Juli bekannt, dass ihre Jahreskonferenz in Wolverhampton eine Resolution verabschiedet habe, dass keines ihrer 265 000 Mitglieder einer politischen Partei angehören könne, deren Programm und Maßnahmen den Rassismus fördern. Dies gelte für die BNP, ebenso wie für vergleichbare Gruppierungen.

„Wir müssen deutlich machen, dass Rassismus eine Verleugnung des Evangeliums ist. Die Offenheit für alle Menschen, ungeachtet ihrer Nationalität, ist das Herzstück methodistischer Identität“, sagte Pfr. Sylvester Deigh, der den Antrag des Verbots der Mitgliedschaft in der BNP und ähnlicher Parteien eingebracht hatte.

Das bedeute nicht, dass Menschen vom Kirchenbesuch ausgeschlossen seien. Gott lade alle ein, Heilige und Sünder gleichermaßen. Es bedeute aber, dass Mitglieder rassistischer politischer Parteien nicht Vollmitglieder der Kirche sein könnten, erklärte Deigh.

Die anglikanische Church of England hatte bereits anfangs des Jahres ihren Geistlichen die Mitgliedschaft bei der rassistischen BNP untersagt. Die Methodisten gehen nun einen Schritt weiter mit ihrer Regelung, dass niemand Kirchenmitglied sein kann, solange er der BNP angehört.

Südafrika:

Ehemaliger Apartheid-Polizeiminister wäscht Opfern die Füße

Ein ehemaliger Polizeiminister des südafrikanischen Apartheidregimes, Adriaan Vlok, hat erneut die Füße von Menschen gewaschen, von denen er selbst sagt, er habe ihnen Unrecht getan in der Zeit, als er der Chef einer der gefürchtetsten Einheiten des Staates war.

Schon im Jahr 2006 hatte er neun alten Frauen, alle Opfer der Apartheid, die Füße gewaschen und um Vergebung gebeten. Ende Mai wusch er in der Provinzhauptstadt von Bloemfontein ehemaligen Polizeioffizieren und Soldaten, die unter seinem Befehl standen die Füße: Er habe ein schlechtes Vorbild gegeben und die Menschen vom rechten Weg abgebracht, erklärte er später in seinem Haus.

Viele ehemalige Polizisten und Soldaten sehen sich heute durch die damalige Regierungspropaganda und die strikte Zensur missbraucht, die ihnen habe suggerieren wollen, dass die Anti-Apartheidbewegung von der Sowjetunion gesteuert gewesen sei und die Zerstörung des Christentums beabsichtigt habe.

Zugleich rief die Geste, die viele im Lande sehr bewegt hat, im Internet auch kontroverse Reaktionen hervor, die von großer Achtung und Zustimmung für eine Geste, die ohne die Anwesenheit von Presse vollzogen worden sei, bis hin zu Unverständnis reicht,

dass jemand wie Vlok nicht im Gefängnis für sein Tun und Handeln büße.

Menschenrechte: Protestanten widersprechen Russisch-Orthodoxer Kirche

Für die russisch-orthodoxe Kirche kann die menschliche „Sündhaftigkeit“ die Würde des Menschen in Frage stellen. Ihre Menschenrechtslehre entwickelt ein Konfrontationsverhältnis zwischen Menschenrechten und christlicher Moral, das in der These gipfelt, die Einhaltung der Menschenrechte würde Christen dazu zwingen, entgegen den göttlichen Geboten zu denken und zu handeln.

Im Sommer 2008 hat die russisch-orthodoxe Kirche (ROK) eine entsprechende Stellungnahme zu den Menschenrechten veröffentlicht. Die anderen christlichen Kirchen wurden eingeladen, das Dokument „Lehre zu menschlicher Würde, Freiheit und Rechten“ zu diskutieren.

Die Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa mit über einhundert lutherischen, reformierten, unierten, methodistischen und anderen protestantischen Kirchen, GEKE, sieht in ihrer Antwort in der Position der ROK ein Missverständnis der Menschenrechte. Die Menschenrechte sind Schutz- und Partizipationsrechte, die den Handlungs- und Lebensraum der Menschen unter das Recht stellen und Rahmenbedingungen für das Zusammenleben der Menschen gewährleisten. In diesem Sinne würdigen die evangelischen Kirchen den positiven Beitrag der Menschenrechte.

Die Stellungnahme der russisch-orthodoxen Kirche nennt „Abtreibung, Suizid, Unzucht, Perversion, Zerstörung der Familie, Anbetung von Grausamkeit und Gewalt“ als Beispiele, in denen die „Schwachheit der Menschenrechtseinstitution“ die Moral der russischen Gesellschaft gefährdet. Diese Beispiele sind aus evangelischer Sicht nicht nachvollziehbar. Tatsächlich betonen die Menschenrechtserklärungen den Schutz des Lebens und die Unverletzlichkeit der Person, den Schutz des Privatlebens und der Familie.

Die russisch-orthodoxe Kirche ordnet die Menschenrechte den Werten und Interessen des Heimatlandes, der Gemeinschaft und der Familie unter. Dies führt in den evangelischen Kirchen zu der Frage nach einer kritischen Gegenüberstellung der Kirche zur staatlichen Ordnung. Angesichts der Einschränkung der zivilen und politischen Rechte in Russland, aber auch in vielen anderen Staaten, vermisst die GEKE in der Stellungnahme der russisch-orthodoxen Kirche Aussagen zum Schutz des Einzelnen vor staatlichen Übergriffen wie politische Verfolgung, politische Morde, Diskriminierung von Minderheiten oder der Aushöhlung demokratischer Verfahren und Strukturen. Aus evangelischer Sicht haben die Kirchen gerade in diesen Fragen eine wichtige Aufgabe, gegen den Missbrauch staatlicher Macht einzutreten.

„Menschenrechte“ sind nach evangelischem Verständnis solche Rechte, die allen Menschen aufgrund ihrer von Gott gegebenen Würde zukommen. Wie sie durch keine innerweltliche Instanz verliehen werden, so können sie auch von keiner Instanz abgesprochen werden; sie sind unantastbar, unveräußerlich und unteilbar. Die GEKE lädt die russisch-orthodoxe Kirche ein, den gemeinsamen Dialog über die Bedeutung der Menschenrechte fortzusetzen.

Hinweis: Die vollständige Antwort des Präsidiums der GEKE auf die Grundsätze der russisch-orthodoxen Kirche über menschliche Würde, Freiheit und Rechte findet sich im Internet unter www.leuenberg.eu

Katholiken – Orthodoxe – Protestanten: Gemeinsames Osterdatum möglich

Die Hoffnung, dass Christen und Christinnen in Zukunft Ostern am selben Tag feiern können, wurde anlässlich eines internationalen ökumenischen Seminars in Lviv/Ukraine bekräftigt.

Das Problem ist fast genauso alt wie die Kirche selbst: Mit der Ausbreitung des Christentums über die ganze Welt gelangten Christen zu unterschiedlichen Auffassungen darüber, wann des Todes und der Auferstehung Jesu Christi zu gedenken sei, da die vier Evangelien nicht einheitlich darüber berichten.

Versuche, ein gemeinsames Osterdatum festzulegen, begannen mit dem Konzil von Nicäa im Jahr 325. Das Konzil stellte für die Berechnung des Osterdatums die Regel auf, dass Ostern am ersten Sonntag nach dem Vollmond, der auf die Frühjahrs-Tagundnachtgleiche folgt, gefeiert wird. Es hatte allerdings nichts darüber gesagt, mit welchen Methoden das Eintreten des Vollmonds oder der Tagundnachtgleiche zu berechnen seien.

Heute verwenden die orthodoxen Kirchen den 21. März des Julianischen Kalenders als Datum der Frühjahrs-Tagundnachtgleiche, während sich die Kirchen der westlichen Tradition – das heißt die protestantischen und katholischen Kirchen – in ihren Berechnungen auf den Gregorianischen Kalender stützen. Der Abstand zwischen den beiden Osterdaten kann bis zu fünf Wochen sein.

Alle Teilnehmenden an dem Seminar in Lviv, darunter orthodoxe, römisch-katholische und protestantische Theologen, unterstützten den Kompromiss, der 1997 auf einer Konsultation in Aleppo, Syrien, vorgeschlagen worden war. Er läuft darauf hinaus, die Regel von Nicäa beizubehalten, aber zur Berechnung von Tagundnachtgleiche und Vollmond auf die exakten astronomischen Daten zurückzugreifen, die man heutzutage im Gegensatz zu früher genau berechnen kann.

Die Seminarteilnehmenden hoffen, dass die Jahre 2010 und 2011, in denen der Zufall der Kalender der Christenheit ein gemeinsames Osterdatum beschert, als eine Zeit

genutzt werden mögen, in der sich alle Christen und Christinnen dafür einsetzen, „dass ein solcher Zufall nicht die Ausnahme bleibt, sondern die Regel wird“, und sich für ein gemeinsames Osterdatum stark machen, das auf genauen astronomischen Berechnungen beruht und von allen Christinnen und Christen am 8. April 2012 gefeiert wird.

Die Teilnehmenden des Seminars mit dem Titel „Ein gemeinsames Osterdatum ist möglich“ stellten als Hauptproblem „nicht die Berechnungen an sich, sondern die komplexen Beziehungen und den durch die langen Spaltungen verursachten Vertrauensmangel unter den verschiedenen christlichen Denominationen“ fest.

„Meilenstein im ökumenischen Dialog“: Was es bedeutet, Kirche zu sein

Mit der Frage, wie Kirchen ihre Aufgabe in der Welt definieren und wie sie theologische, ökumenische und moralische Entscheidungen treffen, werden sich rund 120 TheologInnen aus nahezu allen christlichen Traditionen bei einem Treffen im Herbst beschäftigen. Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) wird dazu vom 7. bis 14. Oktober 2009 in der Orthodoxen Akademie in Kolympari auf der griechischen Insel Kreta tagen. Das 120 Mitglieder starke Plenum, das das weltweit repräsentativste Forum für theologischen Dialog darstellt, wird über drei zentrale Themen diskutieren:

▷ Was es bedeutet, Kirche zu sein

Eines der Ergebnisse der Kommissionsarbeit der letzten Jahre – die Studie über „Wesen und Auftrag der Kirche“ – hat das Potenzial, zu einem ökumenischen Meilenstein zu werden. Die Kirchen haben Stellung bezogen und es ist jetzt an der Zeit, über die Fortsetzung der Arbeit zu beschließen.

▷ Quellen der Autorität

Die Kommission wird prüfen, welche Rolle die verschiedenen Quellen der Autorität für die Kirchen spielen, und dabei einen neuen Ansatz in der alten Debatte über „Schrift versus Tradition“ wählen: Sie wird von der theoretischen Diskussion zum Austausch über praktische Erfahrungen übergehen.

▷ Ethisch-moralische Urteilsbildung

Durch die Prüfung von Fallstudien – einige von ihnen zu kirchenspaltenden Fragen wie Proselytismus, Homosexualität und Stammzellenforschung – wird die Kommission sich kritisch damit auseinandersetzen, wie die Kirchen zu ihren ethisch-moralischen Positionen gelangen. Ziel ist es, den Entwicklungsprozess für ein ökumenisch anerkanntes Konzept von Schritten zur ethisch-moralischen Urteilsbildung der Kirchen in Gang zu setzen.

Die Kommission Glauben und Kirchenverfassung, die eine breitere Mitgliederbasis hat als der OeRK, schließt die römisch-katholische Kirche als Vollmitglied ein, ebenso wie auch Pfingst- und evangelikale Kirchen. Das Plenum der Kommission tagt einmal zwischen

den alle sieben oder acht Jahre stattfindenden OeRK-Vollversammlungen.

Klimaverhandlungen: Leere Stühle

Drei leere Stühle bei den Verhandlungen über den Klimawandel, die ab dem 7. Dezember 2009 in Kopenhagen stattfinden werden, hat ein Experte für nachhaltige Entwicklung der Kirche von Schweden gefordert, dessen Land zu diesem Zeitpunkt auch die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Ein Stuhl für die Armen, ein Stuhl für die zukünftigen Generationen und einen weiteren für die Schöpfung selbst, forderte Henrik Grape, ein lutherischer Pfarrer, als ein sprechendes Zeichen an die Konferenzteilnehmenden. Die Frage des Klimawandels sei zu einer Frage des Überlebens geworden. Dies gelte ganz besonders für die Armen und Schwachen, die die ersten seien, die zu leiden hätten. Dieser Vorschlag ist das Ergebnis einer Tagung in Brüssel im Juni 2009 zur Frage der ethischen Dimension des Klimawandels, zu der Menschen aus Kirche und Politik aus allen 27 EU-Mitgliedsländern zusammen gekommen waren.

UNO-Klimakonferenz: Ökumenische Vorbereitungen

Zur gemeinsamen Vorbereitung der im Dezember stattfindenden UN-Klimakonferenz in Bonn traf sich die seit 1992 aktive Arbeitsgruppe „Klimawandel“ des OeRK Ende Mai in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Auf der Kopenhagener Konferenz soll über das weltweit verbindliche Kyoto II-Abkommen entschieden werden. Noch gilt bis 2012 das erste Kyotoprotokoll mit einer Verpflichtung der Industriestaaten, ihren Kohlendioxidausstoß um 5%, bezogen auf 1990, zu senken.

Kyoto II, so resümierte die internationale Arbeitsgruppe in Bad Boll, muss viel ambitionierter und gerechter werden. Konkret gelte es, eine Begrenzung für den Anstieg der Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre auf 350 ppm (parts per million) und die globale Temperaturerhöhung um zwei Grad – derzeit liegt diese global gesehen bei 0,8 Grad – festzulegen.

Die Teilnehmenden berichteten, dass schon heute viele Menschen, besonders im Süden der Erde, unter den Folgen des Klimawandels leiden. Neben dem steigenden Meeresspiegel seien immer häufiger Dürren und Überschwemmungen zu beobachten.

Der Generalsekretär der Kirchen im Pazifik, Fei Tevi, kritisierte die Klimapolitik der Industrieländer. Noch immer setzten sie zu sehr auf Wachstum mit hohem Ressourcenverbrauch, um kurzfristig Wirtschaft und Beschäftigung zu sichern und vernachlässigten dabei einen engagierten Klimaschutz. Auch wenn es vermutlich für einige Inseln im Pazifik schon zu spät sei, müsse die Welt ihr Umweltengagement intensivieren.

Kanada: Kirche fordert Abkehr von profitorientierter Energiepolitik

Kanada brauche eine Energiepolitik, die auf Nachhaltigkeit setzt und nicht in erster Linie auf maximalen Profit hin orientiert sei, so eine kanadische Kirchendelegation, die im Mai eine siebentägige Rundreise zu den Ölsandregionen im nördlichen Alberta unternommen hat. Die Reise war von Kairos, einer kanadischen ökumenischen Gruppe für soziale Gerechtigkeit, organisiert worden.

Mary Corkery, die Kairos-Exekutivdirektorin erklärte im Anschluss an den Besuch der Boom-Region, „Wir alle sind Teil des Problems, wir lenken diesen Zug. Wir alle verbrauchen Energie.“ Die ungebremste Ausbeutung der Ölsandvorkommen wecke bei vielen Menschen in der betroffenen Region Besorgnis.

Die Kirchenführer in der Delegation verlangten unabhängige Studien über die vielfältigen Wechselwirkungen und Gesundheitsbedingungen in der Region. Der ungeheure Druck der Kapitalinteressen und ihrer möglichst hohen Renditen, erforderten stärkere öffentliche Kontrolle und ein massives Eingreifen der Regierung.

Nach vorliegenden Schätzungen bergen die kanadischen Ölsandvorkommen nach Saudi Arabien die zweitgrößten Reserven des fossilen Brennstoffes, die allerdings nur durch erheblichen Aufwand, der schwere ökologische Schäden verursacht, nutzbar gemacht werden können.

Wahl des neuen OeRK-Generalsekretärs: Zwei Kandidaten nominiert

Der Findungsausschuss des Oekumenischen Rates der Kirchen für die Neubesetzung des Generalsekretärspostens, ein Gremium bestehend aus 18 VertreterInnen der 349 OeRK-Mitgliedskirchen, traf sich vom 23. bis 26. Juni 2009 im holländischen Amsterdam unter dem Vorsitz der Moderatorin Dr. Agnes Abuom von der anglikanischen Kirche Kenias.

Der Ausschuss interviewte sechs Personen, die er bei seinem letzten Treffen im April 2009 auf Kreta bestimmt hatte. Die Liste dieser Namen war nicht bekannt gegeben worden. Nach offiziell nicht bestätigten Pressemitteilungen handelte es sich um Pfr. Robert Anderson, Kirche von Schottland; Pfr. Daryl Balia, südafrikanischer Methodist und verantwortlich für die Weltmissionskonferenz 2010; Pfr. Fernando Enns, mennonitische Friedentheologe, geboren in Curitiba und Inhaber eines Lehrstuhl in Hamburg, Pfr. Kenneth Kearon aus Irland, derzeit Generalsekretär der Anglikanischen Union sowie Pfr. Seong-won Park und Pfr. Olav Fykse Tveit. Außerdem war als ein möglicher Anwärter Pfr. Heikki Huttunen, orthodoxer Generalsekretär des finnischen Kirchenrates, genannt worden.



Photo: © WCC/Peter Williams

Pfarrer Dr. Seong-Won Park



Photo: © Church of Norway

Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit

Nach drei Tagen mit Vorstellungsgesprächen und gründlichen Beratungen entschied der Ausschuss im Konsens, die folgenden Kandidaten dem Zentralausschuss zur Wahl im August 2009 vorzuschlagen: Pfarrer Dr. Seong-Won Park von der Presbyterianischen Kirche von Korea und Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit von der (lutherischen) Kirche von Norwegen.

Park – der Familienname wird im Koreanischen den Vornamen vor-, in europäischem Kontext ihnen nachgeordnet – unterhält eine eigene Website: www.parkwave.net.

Seine ökumenische Erfahrung schließt viele Jahre als Referent beim Reformierten Weltbund in Genf und die Mitarbeit am „Processus Confessionis“ ein. Tveit ist Generalsekretär der Kommission für Ökumene und Auswärtige Beziehungen der norwegischen Kirche.

Karibik: Finanzkrise gefährdet soziale Sicherheit und hebt Gewaltniveau

Religionsvertreter aus Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam, Judentum, Schintoismus sowie Zoroastrismus haben zu einem neuen „Finanzpakt“ aufgerufen, der grundlegende moralische Prinzipien enthalten und auf die weltweite ökonomische

Krise reagieren soll. Afrika sei bereits hart durch die Krise getroffen und es bestehe die Gefahr, dass seine Bemühungen im Kampf gegen die Armut stark beeinträchtigt würden.

Auf einer Konferenz in Jamaika äußerten sich bereits im April 2009 KirchenvertreterInnen und OekonomInnen besorgt über die Lage in der Karibik. Auch hier hat die Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Auswirkungen auf die soziale Sicherheit. Das Gewaltniveau sei angestiegen.

Die Tagung, zu die reformierte Weltallianz eingeladen hatte, forderte darüber hinaus auch die Aufhebung der US-Sanktionen gegen Kuba. Anlass dieser Zusammenkunft war das Bemühen der Reformierten Kirche, eine karibische Theologie des Lebens als Antwort auf die ökonomischen und ökologischen Herausforderungen zu entwickeln.

Die vollständige Erklärung zum Nachlesen im Internet: www.warc.jalb.de

Südafrika:

Kampf gegen Armut verlangt

Entschiedener Kampf gegen Armut verlangt Buti Tlhagale, Präsident der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz, hat die neu gewählte ANC-Regierung seines Landes unter Führung von Präsident Jacob Zuma zu einer verstärkten Anstrengung im Kampf gegen Armut, HIV und AIDS aufgefordert.

Tlhagale bot der Regierung die Kooperation der Kirche an und wies zugleich in einem offenen Brief an den Präsidenten darauf hin, dass die Kirche es leid sei, die eigene Regierung ständig daran zu erinnern, wofür sie gewählt und was zu erbringen ihre gesetzliche und moralische Pflicht sei.

Die Existenz von HIV und AIDS seien die größten Herausforderungen des Landes und sie müssten entsprechend auch die größte Aufmerksamkeit der Regierung genießen. Die Zivilgesellschaft könne Prozesse unterstützen, aber es sei wichtig, dass die Regierung die Initiative ergreife und weite Teile der Gesellschaft in diesen Kampf hinein führe.

Namibia: Grundsicherung möglich

Kirchen und Gruppen aus der Zivilgesellschaft haben die namibische Regierung aufgefordert, den Menschen des Landes eine monatliche Grundsicherung zukommen zu lassen und dafür die Steuern zu erhöhen. Die Rede ist von monatlich 100 Namibischen Dollar, was etwa 9 EUR entspricht.

Namibias Steuerkraft übersteige 30 % des Nationaleinkommens; doch sei die Steuerrate in der Vergangenheit gefallen und auch in den mittelfristigen Prognosen werde sie weiter fallen, stellte ein Bericht fest, der Ende April von der Koalition vorgestellt wurde, darunter Gewerkschaften ebenso wie der

Nationale Kirchenrat. Weiter heißt es darin, dass unter allen Szenarien der Finanzentwicklung das mögliche Steueraufkommen die Kosten für eine nationale Grundsicherung – geschätzt auf etwa zwei bis drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – aufzubringen vermöge. Befürworter einer solchen nationalen Grundsicherung, die bis zum Renteneintritt gewährt werden solle, erwarten positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und eine Verringerung der Armut im Lande. Ein von Kirchen gefördertes Modellprojekt, bei dem eine solche Grundsicherung in einem Dorf eingeführt worden war, habe zu einem Ansteigen des Schulbesuchs wie auch der Beschäftigung geführt und armutsbedingte Kriminalität signifikant verringert.

Bischof Zephania Kameeta von der Evangelisch-Lutherischen Kirche des Landes zeigt sich überzeugt, dass eine solche Grundsicherung nicht nur Not, Hunger und Unterernährung beseitigen könne, sondern für die Menschen auch der Grundstein für eine wirtschaftliche Perspektive und eine Stärkung ihres Verantwortungsgefühls bewirken könne. Das Modellprojekt, hauptsächlich von deutschen Kirchen unterstützt, sollte dem Anliegen einer Grundsicherung neue Unterstützung verschaffen, nachdem die Regierung Namibias einen entsprechenden Vorstoß zuvor mit der Begründung abgelehnt hatte, es handele sich nicht um eine dauerhafte und nachhaltige Maßnahme. Inzwischen gibt es Anzeichen für ein mögliches Umdenken der Regierung.

Der vollständige Bericht ist einsehbar unter: www.bignam.org

Sambia: Straßentheater über Handelsbeziehungen

Die United Church of Zambia nutzt Straßentheater und Radiosendungen, um ihre Mitglieder zu mobilisieren, Einfluss auf die Verhandlungen über Handelsbeziehungen des Landes mit der Europäischen Union zu nehmen. Zahlreiche afrikanische Länder verhandeln über die Bedingungen von Partnerschaftsabkommen mit dem Ziel, die afrikanischen Märkte durch Deregulierung zu öffnen. Bislang habe die Kirche nicht versucht, die Regierung in Fragen des Welthandels zu beeinflussen, so Puleng LenkaBula, eine Beraterin der reformierten Kirche für Fragen ökonomischer Gerechtigkeit und feministische Ethikerin von der südafrikanischen Universität in Pretoria. Die zunehmende Zerrüttung der Wirtschaft in Sambia habe allerdings inzwischen Auswirkungen auf Gesundheit und Beschäftigung. Das müsse die Kirchen auf den Plan rufen und sie dafür eintreten lassen, dass das Leben und die Gesundheit der Menschen geschützt würden. Die Techniken der Volkserziehung helfen in diesem Zusammenhang dabei, diese Botschaft zu verbreiten und Reaktionen der Menschen hervorzurufen. Das Beispiel von Sambia sei ein gutes Exempel für das, was

der Generalsekretär der WARC, Pfr. Setri Nyomi, in seinem Bericht an das Exekutivkomitee in den Mittelpunkt des kirchlichen Auftrages gestellt sehen möchte: die Kirchenmitglieder zum Engagement für soziale Gerechtigkeit zu bewegen.

Nordamerika: Konservative Anglikaner gründen eigene Kirche

Theologisch konservative Anglikaner in den USA und Kanada haben ihre Kirchenprovinzen verlassen und eine eigene Kirche gegründet. Bei einer Versammlung in Bedford (US-Bundesstaat Texas) gründeten die Vertreter im Juni 2009 eine neue „Anglikanische Kirche in Nordamerika“. Neben einer Kirchenverfassung wurde auch die Einsetzung eines Erzbischofs beschlossen. Erster Träger des Amtes wurde der Bischof von Pittsburgh, Robert Duncan. Offizielle anglikanische Kirchenprovinz in den USA ist die sog. Episkopalkirche, die 110 Diözesen mit 2,1 Millionen Mitgliedern umfasst.

Die Kirchenspaltung begann, als im Jahre 2003 der in einer schwulen Partnerschaft lebende Geistliche Gene Robinson zum Bischof von New Hampshire geweiht wurde. Im Vorfeld der Sezession hatten sich im Sommer 2008 rund 1000 konservative Geistliche – hauptsächlich aus Afrika und Südamerika – in Jerusalem getroffen und einen sog. Bischofsrat als Gegenstück zur anglikanischen Weltbischofskonferenz eingesetzt. Inzwischen haben sich mehrere nordamerikanische Diözesen unter die Aufsicht theologisch konservativer Bischöfe aus Afrika und Lateinamerika gestellt. Nach bisherigen Erklärungen möchte die „Anglikanische Kirche in Nordamerika“ Teil der anglikanischen Weltkirchengemeinschaft bleiben, zu der rund 77 Millionen Christen in 38 selbständigen Kirchenprovinzen gehören. Um als Kirchenprovinz anerkannt zu werden, ist die Zustimmung von zwei Dritteln der geistlichen Leiter aller Kirchenprovinzen nötig.

Schottland: Stehende Ovationen für Desmond Tutu

In einer Rede vor der Generalversammlung der Kirche von Schottland in Edinburgh erklärte der ehemalige südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu: „Ich kann nicht dabei stehen, wenn Menschen verfolgt werden wegen etwas, für das sie nichts können: ihre sexuelle Orientierung. In dieser Familie gibt es keine Außenseiter, wir gehören alle dazu, Lesben, Schwule, so genannte Heterosexuelle, wir alle sind eine Familie.“ Der Anglikaner Tutu sprach auf einer Versammlung der Schottischen Kirche, die in der Frage homosexueller Geistlicher tief gespalten ist. Am Tag zuvor hatte die Synode ein zweijähriges Moratorium für die öffentliche Debatte über die Weihe nicht-zölibatär lebender

Homosexueller beschlossen und eine Kommission eingerichtet, die 2011 über ihre Untersuchungen berichten soll. Tutu wies in seiner Rede am 27. Mai darauf hin, dass er die Diskussion in der schottischen Kirche kenne. Er meinte, er sei am Kampf gegen ein System beteiligt gewesen, das Menschen bestrafe für etwas, für das sie nichts könnten – ihre Rasse –, und er könne nicht untätig dabeistehen wenn Menschen für etwas bestraft würden, für das sie nichts könnten – ihr Geschlecht. Für eine lange Zeit habe die anglikanische Kirche keine Frauen zum Priesteramt ordiniert. Er habe sich am Kampf dagegen beteiligt. Heute sei die Frauenordination keine Frage mehr in seiner Kirche.

Schweden: Lutheraner wählen Bischöfin in lesbischer Partnerschaft

„Ich weiß, was es heißt, infrage gestellt zu werden“, sagte die neugewählte lutherische Bischöfin von Stockholm in einem Artikel in der Internetpräsenz der Kirche von Schweden. Eva Brunne, die zur Zeit Dekanin in der Diözese von Stockholm ist, schreibt weiter, sie allerdings sei in der glücklichen Lage, Macht zu haben und sie einsetzen zu können für diejenigen, die keine haben. Brunne wurde im Mai mit 413 zu 365 Stimmen zur neuen Bischöfin von Stockholm in der Kirche von Schweden gewählt.

Sie ist damit die weltweit erste Bischöfin, die offen in einer – staatlich registrierten – Lebenspartnerschaft mit einer Frau, der Pfarrerin Gunilla Lindén, lebt, zu deren Haushalt auch ein dreijährige Junge gehört. Die Verbindung wurde auch kirchlich gesegnet. Damit befindet sich die neue Bischöfin im Kern einer weltweiten Auseinandersetzung, die in vielen Kirchen zu heftigen Spannungen und Spaltungen geführt hat.

Philippinen: Kirchlicher Widerstand gegen Verfassungsänderung

Kirchliche Gruppen haben sich auf den Philippinen dem Protest verschiedener Abgeordneter angeschlossen, die seit 1987 gültige Verfassung zu ändern, um so die Amtszeit der Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo zu verlängern. Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Erzbischof Angel Lagdameo, schrieb darüber hinaus in einem Hirtenwort: „Wir appellieren an die Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft, die gegen die Resolution 1109 protestieren, in ihrem Bemühen fortzufahren und die gemeinsamen Güter und das nationale Interesse zu schützen“. Die Resolution 1109 wurde vom Unterhaus angenommen mit dem Ziel, sich selbst als Verfassungsgebende Versammlung zu konstituieren, um so die Verfassung der Philippinen zu ändern.

Neben den katholischen Bischöfen traten auch der hauptsächlich protestantische

Dachverband NCCP und verschiedene evangelikale Gruppen im Juni in einem Massenprotest zusammen mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen öffentlich gegen diese Resolution auf.

Kleinwaffen: Schritte gegen Verbreitung in Afrika gefordert

Die Verbreitung kleiner und leichter Waffen in Afrika könne nicht allein über eine Reform des Sicherheitssektors erreicht werden, so eine Warnung afrikanischer Kirchenführer. Die Waffen an sich seien nicht das Problem, vielmehr seien sie Symptome für strukturelle Dynamiken, hieß es auf einer Konferenz in Nairobi, die vom 16.–18. Juni 2009 stattfand. Schwache Regierungen, Korruption, der Wettbewerb um geringer werdende Ressourcen, Jahrzehnte gewaltsamer Auseinandersetzungen und Kriege sowie der Klimawandel seien die Schlüsselprobleme, die es anzupacken gelte.

Über 1000 Menschen stürben jeden Tag weltweit durch sog. kleine und leichte Waffen, so hieß es auf der Konferenz, zu der Menschen aus Kenia, Uganda, Tansania, Äthiopien, Burundi, Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo gekommen waren und die im Rahmen der weltweiten Aktionswoche gegen Waffengewalt des Internationalen Netzwerkes gegen Kleinwaffen stattfand. Gastgeber war der Afrikanische Rat religiöser Führer und die Weltkonferenz der Religionen für den Frieden. Vier Milliarden US-\$ würden jedes Jahr im Handel mit Kleinwaffen legal ausgegeben, eine weitere Milliarde illegal. „Illegale Waffen entmutigen Entwicklung“, so fasste Judy Waruhiu von der „Fellowship of Christian Councils and Churches in the Great Lakes and Horn of Africa“ die Situation zusammen. Armut und Waffen spielten einander immer in die Hände. Gemeinschaften müssten verstehen, dass sie ohne Waffen leben lernen können.

Friedenszeugnis und „Schutzpflicht“: Erklärung von Church and Peace

60 Jahre Friedenszeugnis und ökumenischer Dialog feierten die Mitgliederversammlung und Gäste am 11. bis 14. Juni 2009 auf dem Bienenberg, Liestal (Schweiz). Die ersten Impulse für das europäische ökumenische Netz gingen von der friedenskirchlichen Konsultation 1949 in Puidoux am Genfer See aus. In der diesjährigen Mitgliederversammlung wurde der Vorstand von Church and Peace neu gewählt. Vorsitzende wurde Antje Heider-Rottwilm, seit 30 Jahren Mitglied des Laurentiuskonventes, bis vor einem Jahr Leiterin der Europaabteilung im Kirchenamt der EKD und seitdem verantwortlich für das Projekt „Brücke – Ökumenisches Forum HafenCity“, das von 18 Hamburger Kirchen getragen wird.

Als Beitrag zur Stellungnahme des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) in Porto Alegre 2006 hat die Mitgliederversammlung eine Erklärung zum Konzept der Responsibility to Protect (R2P) – Schutzpflicht – verabschiedet und in die Diskussion zum Ende der Dekade zur Überwindung von Gewalt eingebracht.

„Church and Peace, das europäische Netzwerk der Friedenskirchen, Kommunen, Friedensdienste und Friedensorganisationen hat sich im Rahmen mehrerer Veranstaltungen¹ mit dem Konzept „Responsibility to Protect (R2P) – Schutzpflicht“ und mit der Stellungnahme des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) in Porto Alegre 2006 auseinandergesetzt.

Das folgende Positionspapier wurde dem OeRK überreicht:

1. *Jesus Christus ist unser Friede. „Jesus erlitt seinen eigenen gewaltsamen Tod mit Gewaltlosigkeit, und sein Weg bleibt das Modell, dem Christen bei der Überwindung von Gewalt folgen“.² Der Ruf in seine Nachfolge bedeutet seine Gewaltfreiheit zu leben. Er ist das Zentrum der Kirche. Seine Gewaltfreiheit bringt das Reich Gottes hervor, wo Friede und Gerechtigkeit regieren. Verwurzt in dieser Vision sind alle Kirchen dazu berufen, den Weg der Gewaltfreiheit zu gehen, den Jesus in der Bergpredigt aufgezeigt hat und selbst gegangen ist.*

2. *Church and Peace bejaht die Notwendigkeit, Menschen beizustehen, deren Leben bedroht ist und die nach Sicherheit und Schutz verlangen.*

3. *Church and Peace würdigt die Bemühungen der Vereinten Nationen (UNO) und einiger regionaler Organisationen, dieser Aufgabe gerecht zu werden, indem sie präventive Maßnahmen zur Überwindung von Konfliktursachen ergreifen und nach gewalttätigen Konflikten den Wiederaufbau und den Versöhnungsprozess unterstützen.*

4. *Begründet in unserem Verständnis der Nachfolge Jesu und des christlichen Friedensstiftens lehnen wir den Teil des Konzeptes von R2P ab, der den Militäreinsatz zum Schutz von bedrohten Völkern gestattet. Selbst wenn militärische Gewalt nur als „ultima ratio“ bereitgehalten wird, beeinflusst dies die Planung der zivilen Aktionen in den früheren Phasen des Konflikts, indem ein unangemessen großer Anteil der für die zivile Hilfe notwendigen Mittel verschlungen wird. Schon die Verfügbarkeit militärischer Mittel verstärkt die übliche Einstellung, dass ein Militäreinsatz die unvermeidliche Lösung ist.*

5. *Wir bleiben bei unserer Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung zur Durchsetzung guter Ziele, und sei es unter dem Vorwand „polizeilicher Gewalt“. In den von R2P angesprochenen Konflikten wird vom Einsatz militärischer Waffen ausgegan-*

gen. Diese Waffen würden unterschiedslos beteiligte und unbeteiligte Menschen verletzen und töten. Ihr Gebrauch hat nichts gemein mit den Verfahren, mit denen polizeiliche Einsätze im Rahmen nationaler Gesetzgebung gesteuert werden.

6. *Auch in aussichtslos erscheinenden Situationen, in denen angesichts vorherrschender Gewalt der menschlich nachvollziehbare Hilferuf nach wirksamer Gewalt bei den Betroffenen und bei uns selbst laut wird, beharren wir auf gewaltlosen Mitteln gegenüber jedem Menschen – Mittel, die uns in der Nachfolge Jesu in reichem Maß zur Verfügung stehen. Wir fordern den verstärkten Einsatz von OSZE-Missionen (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und eine entschiedene Unterstützung gewaltfreier Interventionen durch Staat und Kirche nach dem Vorbild des Zivilen Friedensdienstes, der Christian-Peacemaker-Teams, des Oekumenischen Begleitprogramms für Frieden in Palästina und Israel und der Internationalen Friedensbrigaden. Gewalt in jeglicher Form kann niemals einen dauerhaften Frieden in Gerechtigkeit erzielen, wohl aber der Weg der Nächsten- und Feindesliebe, zu dem wir aufgerufen sind. Wir laden alle Kirchen ein, mit uns der Versuchung zu widerstehen, den Gebrauch tödlicher Waffen – selbst als „ultima ratio“ – zu rechtfertigen.“*

1 Mitgliederversammlung in Barchem im Mai 2008, englischsprachige Regionalkonferenz in Ammerdown im Juli 2008, deutschsprachige Regionalversammlung auf dem Thomashof im November 2008

2 Internationale Oekumenische Erklärung zum gerechten Frieden, Erster Entwurf, Ziffer 56

Church and Peace, Ringstr. 14
35641 Schöffengrund-Laufdorf, Tel.: 0 64 45 / 55 88
intloffice(@)church-and-peace.org
www.church-and-peace.org

Malaysia: Klage gegen Beschlagnahmung möglich

Eine malaysische Christin kann nach einem Bescheid des Obersten Gericht ihres Landes gegen die Beschlagnahmung von acht CDs, die ihr bei der Rückreise aus Indonesien von den Behörden abgenommen worden waren, Klage erheben. Auf dem Umschlag der Tonträger ist das Wort „Allah“ zu lesen, dessen Verwendung für Nichtmuslime in Malaysia verboten ist, das aber in Indonesien keinerlei Beschränkungen dieser Art unterworfen ist. Schon zuvor hatte sich eine Zeitung, die von der römisch-katholischen Kirche herausgegeben wird, gegen das Verbot gewendet, das Wort Allah in ihrer Druckausgabe zu verwenden. Aus Kreisen muslimischer Hardliner wird in Malaysia, wo der Islam Staatsreligion ist und sich etwa zwei Drittel der Bevölkerung zum Islam bekennen, die Verwendung des Wortes Allah durch Nichtmuslime als Versuch betrachtet, Muslime zum Christentum zu bekehren.

Indonesien: Inkulturation des Evangeliums

Zakaria Jusuf Ngelow, Theologe der Reformierten Kirche, berichtete in Genf anlässlich einer Konsultation des Reformierten Weltbundes (WARC) und des Reformierten Oekumenischen Rates über Erfahrungen aus der Missionsarbeit in Süd-Sulawesi.

Eine kontextuelle Theologie, wie er sie heute betreibt, ermutigt die Menschen ihren christlichen Glauben in den kulturellen und künstlerischen Formen der eigenen Region auszudrücken. In einem Projekt mit Bauern, die allein Subsistenzwirtschaft betrieben, gehe es darum, alte Traditionen in Lösungen für die heutigen Probleme umzuwandeln. „Wir beginnen nicht mit der Bibel“, so Ngelow. Bevor die christlichen Missionen gekommen seien, sei Gott schon da gewesen. Es gelte also, die christlichen Geschichten hineinzuwoben in die Traditionen der Völker. Eine tätige Theologie zu entwickeln aus dem Leben der Menschen sei sein Ziel, so der Theologe, der seine akademische Position aufgeben hat, um in diesem Projekt Theologie neu zu lernen.

Baptisten in Amsterdam: 400. Geburtstag

Baptisten aus Europa und weit darüber hinaus feiern 2009 den 400. Jahrestag der Gründung der ersten Baptistenkirche in Amsterdam, gegründet von britischen Flüchtlingen, die vor religiöser Verfolgung aus ihrem Heimatland in die Niederlande flohen. Über 100 Millionen Christen und Christinnen zählen sich heute weltweit zur Gemeinschaft, die ihr Gründungsereignis mit einer eigenen Website feiert: <http://www.amsterdam400.org>.

Thomas Helwys und John Smyth, ein ehemaliger Kleriker der Church of England, hatten die neue Kirche gegründet in der Hoffnung auf eine Kirche der Zukunft ohne staatliche Kontrolle. Smyth begründete auch die Tradition der Erwachsenentaufe und lehnte die seit der altkirchlichen Zeit durchgeführte Kindestaufe ab.

Auf ihrer jährlichen Versammlung berieten die britischen Baptisten in diesem Jubiläumsjahr über Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Ländern des afrikanischen Raumes, aus denen sich heute viele Mitglieder der Baptisten in England rekrutieren. Auch eine Rückkehr zur Mission in China, wo Baptisten schon vor 120 Jahren aktiv waren, gehört zu den Fragen, die auf der Agenda der Baptisten stehen, nachdem sie eine Anfrage aus einem Medizinischen Kolleg erhalten hatten, an dessen Gründung im 19. Jahrhundert die Baptisten beteiligt waren.

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressemitteilungen von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA

Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Nach dem DEKT ist vor dem OeKT

Der Ertrag des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Bremen wird sich für die lokale Handlungsebene vor allem in einer offeneren Kommunikationskultur erweisen, da die Bremer Medien und die unterschiedlichen kirchenfernen Milieus ihrerseits den Akteur Kirche als aufgeschlossenen und den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zugewandten Gesprächspartner wahrgenommen haben.

Bremer Mitwirkende berichten vielfach, dass ihre Gäste besonders die weichen Faktoren der im Herzen der Stadt (Marktplatz) und im maritimen Ambiente der Überseestadt (neu genutzte alte Hafeneviere) erlebte offene Begegnungsatmosphäre würdigten. Dies entspricht auf der anderen Seite der Kritik, die auch von unseren südafrikanischen Gästen der Partnerorganisation Diakonia Council of Churches in Durban geäußert wurde, dass sie bei einem so kraftvollen Auftritt von gut 100 000 Christen in einer Stadt einen klaren inhaltlichen Focus und eine Abschlussbotschaft vermisst haben.

Als positive Erfahrung aus dem Bremer Evangelischen Kirchentag scheint sich im Blick auf den OeKT in München eine lokale ökumenische Vorbereitung unter Einbezug der ACK abzuzeichnen. Oekumene-Engagierte in Bremen wollen sich wieder ihren lokalen Handlungsmöglichkeiten zuwenden, da durch das Großereignis DEKT die inhaltliche Arbeit im letzten Jahr zu kurz gekommen war. Insofern Neugier auf München bei begrenztem Mitteln.

Südafrikapartnerschaft: Partners in faith and action

Für die im Rahmen der Bremer Städtepartnerschaft mit Durban in Südafrika aktiven kirchlichen Oekumene-Engagierten war die Feier der von der Oekumenischen Initiative seit fast zehn Jahren betriebenen Partnerschaft des „forum Kirche“ mit dem Diakonia Council of Churches der herausragende Höhepunkt des Kirchentags.

Zusammen mit den aus Anlass des Kirchentages von Durban nach Bremen eingeladenen südafrikanischen Leitungspersonen des Diakonia Council of Churches wurde deren Kirchenratsmotto „partners in faith and action“ auf die internationale Ebene übertragen. Das kontinuierliche kirchliche Südafrika-Engagement auch nach Beendigung der Apartheid wurde in den Beiträgen der 2. Bürgermeisterin, Karoline Linnert und durch den Honorarkonsul Volker Schüttele anerkannt hervorgehoben. Zukünftiger

gegenseitiger Austausch ist nach diesem 10-tägigen Besuch aus Durban wesentlich erleichtert, da der Bremer Kontext für unsere südafrikanischen Partner erlebbar wurde.

Eine Vereinbarung über das gemeinsame Verständnis der Partnerschaft im Sinne gegenseitiger Rechenschaftslegung auf dem Hintergrund globaler Herausforderungen wird im Herbst in den zuständigen Aufsichtsgremien diskutiert und unterzeichnet.

Uwe Ihssen, Oekumenische Initiative Bremen
Evangelisches Bildungswerk im „forum Kirche“
Hollerallee 75, 28209 Bremen, Tel.: 0421/3 4615 36
Fax: 3 4615 38, ihssen.forum@kirche-bremen.de
www.oekumenische-initiative.de

► Berlin-Brandenburg

„Aus Freude am Glauben!“ – Fest der Kirchen

Die Berliner Kirchen luden 2009 zum zweiten Mal die Hauptstadtbevölkerung ein, mit ihnen ökumenisch zu feiern. Zwischen Rotem Rathaus und Marienkirche im Herzen von Berlin präsentierten sich am 4. Juli mehr als 170 Initiativen und Projekte, Gemeinden und ökumenische Foren mit über 200 Ständen.

Die Angebote gruppierten sich nach den Themen „Oekumene“, „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Schöpfung“. In einer 350 Meter lange Brotschlange wurden unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ etwa 2000 Brote gegen eine Spende abgegeben.

„Los Invisibles – Menschen ohne Papiere“ machten mit einer Performance auf die prekäre Situation von Migrantinnen und Migranten aufmerksam. Pax Christi war vertreten mit der Aktion „Friedenskoffer packen“. Eine Schöpfungsoase mit Kunst und Poesie lud ein. Für Kinder boten viele Stände Mitmachmöglichkeiten an. Etwa Pflanzaktionen im Bereich Schöpfung, einen Kinderrechte-Leuchtturm im Bereich Gerechtigkeit, außerdem einen Gokart-Parcours oder Schlauchbootrennen.

Schließlich startete das Pilgerprojekt des Zweiten Oekumenischen Kirchentages 2010 gemeinsam mit Schülern und Lehrern des Oekumenischen Domgymnasiums Magdeburg mit einer Radtour durch die Berliner Innenstadt symbolisch einen Pilgerweg nach München. Dazu gibt es eine eigene Website unter www.pilger-portal.de.

Kontakt: Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Gierkeplatz 2-4, 10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 4210 00, Fax: 3 4210 11
post@oerbb.de, www.oerbb.de

► Westfalen

Überwindung von Gewalt und zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

„Ohne Angst anders sein – Lebenswelten entdecken. Stadtrundgänge in Lüdenscheid im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt“ – Unter diesem Titel plant der ökumenische Arbeitskreis zur Dekade zur Überwindung von Gewalt vier Stadtrundgänge von August bis November 2009. Gruppen aus drei unterschiedlichen Kulturen führen die jeweils anderen Gruppen und weitere Interessierte auf gut zweistündigen Spaziergängen durch Lüdenscheid. Sie stellen dabei die Stadt aus ihrer jeweiligen Perspektive dar; sie zeigen Orte, wo sie sich treffen, wo sie einkaufen: So wird deutlich, wie diese Stadt mit ihren Veränderungen den Bedürfnissen unterschiedlicher Kulturen gerecht wird und so Menschen zur Heimat geworden ist und wird. Der erste Stadtrundgang wird am Samstag, den **29.08.2009** um 16 Uhr am Gemeindezentrum Erlöserkirche, Kirchplatz, starten. Die weiteren Rundgänge sind für September bis November 2009 in Planung.

Weitere Informationen: Pfarrer Matthias Elsermann
Amt für MÖWe, Region 3, Im Neuen Feld 4
57223 Kreuztal, Tel.: 0 27 32 / 624 82

„Globalisierung gestalten“

Der Ev. Kirchenkreis Hagen führt am **12. September** von 10 bis 16 Uhr einen Studientag zum Thema „Globalisierung gestalten“ durch. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vom Wuppertal-Institut wird vorgestellt. Mit dem „grünen Hahn“ (Umweltmanagement) und dem Projekt „Zukunft einkaufen“ (Oeko Faire Beschaffung) werden konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Unkostenbeitrag (inkl. Mittagessen) 10,- EUR.

Kontakt: Pfarrer Dietrich Weinbrenner, Amt für MOeWe
Region 6, Tel. 0 23 02 / 91 23 46
dietrich.weinbrenner@moe-we-westfalen.de
www.moe-we-westfalen.de

► Rhein Mosel Saar

Sozialstandards in chinesischer Partnerprovinz

Ein großer Teil unserer Konsumgüter wird in China hergestellt. Dabei sind die Arbeitsbedingungen für die Menschen in den Produktionsstätten oft katastrophal. Auch in Fujian, der chinesischen Partnerprovinz von Rheinland-Pfalz, wird in großem Maß für den Export nach Europa und in die USA produziert.

Mit einer Tagung vom **18.–19. September 2009** in Koblenz wollen wir die Situation von ArbeiterInnen in Fujian und in China und die Schwerpunkte der Partnerschaft zu Fujian kennenlernen. Bietet die Partnerschaft Ansatzmöglichkeiten für eine Diskussion über soziale Realitäten hier und dort? Kann eine solche Partnerschaft den Einsatz für die Verbesserung von Sozialstandards unterstützen? Diese und weitere Fragen möchten wir mit Ihnen/Euch diskutieren.

Die Tagung ist ein Angebot für alle, die sich mit entwicklungspolitischen und/oder gewerkschaftlichen Fragestellungen beschäftigen, die sich für globale Gerechtigkeit einsetzen und an der Frage von Sozialstandards interessiert sind.

Oekumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.

Arbeitskreis Fujian - RLP: Keine Partnerschaft ohne

Sozialstandards, Dr. Sabine Ferenschild

Pfarrer Werner Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied

Tel.: 0 26 31 / 35 4140

► Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)

Die Jahresversammlung des OeNiD findet vom **23.–25.10.2009** in der Zukunftswerkstatt Oekumene in Germete statt. Das Thema: Unser Beitrag zur Vorbereitung der Weltfriedenskonvokation (IOeFK) im Mai 2011 in Kingston / Jamaika.

Nachdem die Kirchen der Welt, auch die katholische Kirche, und im Rahmen der parallelen UNO-Dekade viele NGOs, Universitäten der Welt, Gemeinden und Gruppen aus anderen Religionen sich schwerpunktmäßig 10 Jahre lang mit Gewalt (violence) und ihrer Überwindung beschäftigt haben, sollen auf Einladung des Oeku-

menischen Rates der Kirchen die Ergebnisse zusammengetragen und die Schlussfolgerungen daraus verabschiedet werden.

Wir - das Oekumenische Netz in Deutschland - haben große Erwartungen an diese Konferenz. Eine solche Konferenz, zu der alle Kulturen dieser Erde eingeladen sind, hat es unseres Wissens noch nicht gegeben. Es gab viele Vorläufer, aber bislang weder die detaillierten Erkenntnisse über die Gewalt-Strukturen, in denen wir leben, noch den Willen, verbindliche Beschlüsse zu fassen, um diese Strukturen aufzubrechen.

Wäre das in Kingston möglich? Was können wir dazu beitragen?

Alle Mitwirkenden-Organisationen im OeNiD haben die Gelegenheit, ihre Ergebnisse, Erkenntnisse und offenen Fragen aus der zehnjährigen Dekade-Arbeit vorzutragen und mit Vertretern des OeRK, der EKD, der ACK und den Teilnehmenden zu diskutieren.

Da wir uns in Germete im Umkreis von Wethen treffen, werden wir auch die hier ansässigen Organisationen Laurentius-Konvent, Oekumenische Initiative Eine Welt und den Oekumenischen Dienst - Schalomdiakoniat (Ausbildung von Friedensfachkräften) kennenlernen (Samstagnachmittag).

Wie auf jeder Jahrestagung stellen sich am Samstagabend (neue) Gruppen vor. Am Sonntag werden neue Aufgaben diskutiert, verteilt und beschlossen.

Die Tagung beginnt am Freitag um 15 Uhr und endet am Sonntag um 14 Uhr. Ende August wird im Koordinationskreis das endgültige Programm der Jahrestagung festgelegt und an alle Interessenten verschickt werden.

Alle Rückfragen und Beiträge zur Jahresversammlung bitte an Michael Held.

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15

36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21 / 62 01 86

Fax: -6 56 45, A-P-S@gmx.de

► Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen

Neue Geschäftsführerin

Nachfolgerin für die im Frühjahr überraschend als Oberkirchenrätin nach Düsseldorf zur rheinischen Landeskirche gewechselte Barbara Rudolph (50) wird die bisherige Geschäftsführerin des Münchner katholischen Diözesanrats, Elisabeth Dieckmann (49).

Die aus Westfalen stammende Katholikin arbeitete als Industriekauffrau, studierte dann in München und Münster Theologie und promovierte mit einer Arbeit über den evangelischen Theologen Wolfhart Pannenberg. Bis 2006 arbeitete sie dann fast zehn Jahre als Geschäftsführerin der bayerischen ACK. Nun übernimmt sie eine schwierige Aufgabe. Die Situation der christlichen Kirchen in Deutschland unterliegt einem Wandel. Die beiden großen Kirchen sind wohl noch Volkskirchen, doch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung geht zurück. Dagegen nimmt die Zahl von kleineren Kirchen ebenso wie die von Nichtchristen zu.

In der bundesweiten ACK kooperieren 17 Mitgliedskirchen, darunter Orthodoxe, Anglikaner, Baptisten und Mennoniten. Es gibt dazuhin regionale und örtliche Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen. Die beiden großen Kirchen als Hauptpatronen kürzten die Mittel für den ökumenischen Zusammenschluss. Die Frankfurter Geschäftsstelle wurde in der Folge personell ausgedünnt.

Die rückläufigen ACK-Zuschüsse können als Ausdruck mangelnder Wertschätzung für die Oekumene betrachtet werden. Bernd Buchner von der katholischen Nachrichtenagentur KNA nimmt an, dass vor allem die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) der Tätigkeit des Zusammenschlusses kritisch gegenüberstehe. Die EKD fürchte einen starken „Nationalen Kirchenrat“ wie in Holland oder Großbritannien. Ebenso hege auch die Deutsche Bischofskonferenz Vorbehalte. Für sie sei es einfacher, mit nur einem Partner, der EKD, Initiativen zu gestalten, als über die Arbeitsgemeinschaft mit ihren zahlreichen Mitgliedern zu gehen. Ihre bisherigen ökumenischen Erfahrungen wird Elisabeth Dieckmann gut gebrauchen können.

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Ludolfstr. 2-4, 60487 Frankfurt
Tel.: 0 69 / 24 70 27 11, www.oekumene-ack.de

Ernte und Aussaat: ACK-Konsultation zur Internationalen Oekumenischen Friedenskonvokation vom 8. bis 10. Februar 2010 in Freising

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) wird ihren Beitrag zur Internationalen Oekumenischen Friedenskonvokation (IOeFK) durch eine Konsultation leis-

Anzeige

Eine Reise in die „Heilige Stadt“

„Ihr seid Zeuginnen und Zeugen“ (Lk 24,48) Oekumene in Jerusalem

Zu Gast in Jerusalem während der Gebetswoche für die Einheit der Christen

Diese Reise bietet eine Chance, an historischem Ort über Auftrag und Sendung in der Nachfolge Jesu nachzudenken. Im Lauf der Gebetswoche für die Einheit der Christen soll in Jerusalem an jedem Tag eine andere kirchliche Tradition erschlossen werden. So besteht Gelegenheit, der einmaligen Vielfalt der Kirchen in der Stadt sehend, hörend und betend nach-

zuspüren, jeweils mit Impulsen aus dem Lukasevangelium. Die Situation der Kirchen Jerusalems in der politischen und gesellschaftlichen Lage in Israel und Palästina lässt sich aus nächster Nähe kennenlernen.

TERMIN: **22. Januar – 1. Februar 2010**

PREIS: ca. **€ 1500,-** (Hin- und Rückflug Frankfurt/Main – Tel Aviv, Transporte vor Ort, Reiseleitung, Programmkosten, Übernachtungen mit Halbpension, Einzelzimmerzuschlag auf Anfrage)

ANMELDESCHLUSS: **15. Oktober 2009**

Teilnahmebegrenzung auf 25 Reisende

Reiseveranstalter: **AphorismA GmbH, Blücherstr. 56, D-10961 Berlin**

ten, die vom **8.-10. Februar 2010** im Kardinal-Döpfner-Haus in Freising stattfinden soll. Die IOeFK ist von der Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre für Mai 2011 in Kingston/Jamaika zum Abschluss der Dekade „Überwindung von Gewalt“ unter dem Motto „Ehre sei Gott in der Höhe“ beschlossen worden.

Schon im Jahre 2005 hatte die ACK zusammen mit Basisgruppen und Initiativen zur Mitte der Dekade eine Konsultation abgehalten. Deren Ergebnis war die „Freisinger Agenda“, die die wichtigsten Themen und Aufgaben für die zweite Hälfte der Dekade zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung zusammenfasste.

Die Konsultation im Februar 2010 soll Ernte und Aussaat zur Arbeit an den Themen der Dekade und damit zum konziliaren Prozess in Deutschland sein. Eingeladen sind MultiplikatorInnen aus Kirchen, Netzen und Gruppen. Nachgedacht werden soll zu Fragen wie: Wo kommen wir her? Wo gehen wir unter den veränderten Bedingungen hin, wenn wir Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung sagen? Vorbereitet werden soll eine „Oekumenische Agenda“ vorrangiger Themen und Aufgaben für die Zeit ab 2011 als ein Beitrag zur Internationalen Oekumenischen Friedenskonvokation in Kingston/Jamaika. Denn die Überwindung von Gewalt und mehr Frieden in Gerechtigkeit und nachhaltiger Schöpfung bleiben im Zentrum christlicher Arbeit, sowohl theologisch als auch praktisch.

Verantwortlich für die Vorbereitung der Konsultation sind Mitglieder des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“ der ACK und das Netzwerk „Offenes Forum“ zur Überwindung von Gewalt.

Für die Vorbereitungsgruppe: Ulrich Frey

Kreuzweidenstr. 57b, 53604 Bad Honnef

Tel.: 0 22 24 / 4671, Fax: 1 23 85 59, ulrich.frey@web.de

► Oekumenischer Kirchentag

Vorbereitungen für 2010 in München

Aus der Vorbereitung des Oekumenischen Kirchentages sind zwei Nachrichten von Interesse:

Der „Konziliare Prozess“ ist angeblich unbekannt; seine Themen bleiben aber aktuell, auch im Hauptprogramm durch eine Podienreihe.

Die Dekade zur Überwindung von Gewalt (DOV) und die OeRK-Friedenskonvokation zum Gerechten Frieden 2011 in Jamaika mussten als Themen „von unten“ eingebracht werden.

Ein breites Bündnis von weit mehr als 100 Organisationen und Bewegungen aus den Themenfeldern des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hatte, wie beim Oekumenischen

Kirchentag I in Berlin 2003, in guter Hoffnung und Begründung eine Halle für drei Tage zum Konziliaren Prozess beantragt. Für das Hauptprogramm des Oekumenischen Kirchentags wurde sie jedoch diesmal abgelehnt mit der Begründung, dieser Begriff sei weithin nicht (mehr) bekannt. (Eine Nachfrage in einem Theologie-Seminar der Universität Dortmund bestätigte dem Autor dieses Beitrags leider, dass zwei Drittel der Studierenden ihn nicht kannte.) Stattdessen wurde eine Podienreihe „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ im Hauptprogramm bewilligt – allerdings nur 3 mal 90 Minuten. In einem ersten Vorbereitungstreffen einigten sich die Teilnehmer aus den drei Bereichen darauf, keine Addition in arbeitsteiliger Vorbereitung zu organisieren, sondern eine Reihe zu planen, die die Verschränkung der Themen an aktuellen weltweiten Bedrohungs-Szenarien und -beispielen aufzeigen soll.

Die am Ursprungsantrag beteiligten Friedensorganisationen planen nun einen ganzen Tag und Abend in eigener Verantwortung und Finanzierung, um das Forum des Oekumenischen Kirchentags zu nutzen, einerseits eine Bilanz der Dekade zur Überwindung von Gewalt zu ziehen und andererseits auf die im Folgejahr vom Oekumenischen Rat der Kirchen in Kingston/Jamaika geplante Weltkonvokation für Gerechten Frieden hinzuwirken: „Die Kirchen vor der Weltkonvokation zum gerechten Frieden“ heißt der Arbeitstitel. Man geht davon aus, dass dieser Tag nicht nur „anlässlich“, sondern als fester Programmteil des Oekumenischen Kirchentags stattfinden wird. Dabei sollen die für dort vorgeschlagenen vier Schwerpunkte besonders berücksichtigt werden:

1. **Friede im öffentlichen Raum,**
2. **Friede mit der Erde,**
3. **Friede auf den Märkten der Welt,**
4. **Friede zwischen den Völkern.**

Der Ablauf dieses Tages, dessen Datum noch nicht fest steht, umfasst vier Teile:

Im *ersten Teil* soll vormittags eine Bilanz der Dekade zur Überwindung von Gewalt gezogen werden; es werden „inspirierende Beispiele“ zu den vier Themenfeldern des Oekumenischen Kirchentags vorgestellt, und es wird im Ausblick gefragt: Was kommt nach der Dekade zur Überwindung von Gewalt?

Im *zweiten Teil* sollen dezentrale Informationsmöglichkeiten, Marktplatz-ähnlich geschaffen und vielfältiger Austausch ermöglicht werden.

Im *dritten Teil* „Nach vorn denken!“ wird gefragt: „Was braucht es für Initiativen und politische Rahmenbedingungen?“ Dabei geht es um Information und Ausblick auf die OeRK-Friedenskonvokation 2011. Durch die Befragung prominenter Gäste mit weltweiter Bekanntheit (Kofi Annan, Klaus Töpfer ...) soll die Dringlichkeit betonte werden und danach auch eine Botschaft der Versammlung an die Friedenskonvokation 2011 gesandt werden. Zwischendurch wird es um

Konkretionen gehen – um „gewaltfreies Handeln und zivile Konfliktbearbeitung als Auftrag und Agenda der Kirchen“, etwa auch die Idee eines European Peace Corps oder eines Oekumenischen Begleitprogramms nicht nur wie bisher in Israel/Palästina, sondern auch in anderen Konfliktherden.

Ab 19 Uhr wird dann – *viertens* – mit einer Oekumenischen Delegation ein Fest zur Ermutigung mit liturgischen und künstlerischen Elementen gefeiert. Eingeladen sind u. a. Fritz Baltruweit und Floyds Knolle-Hicks.

Reinhard J. Voß, Wethen, 34474 Diemelstadt

► Pax Christi

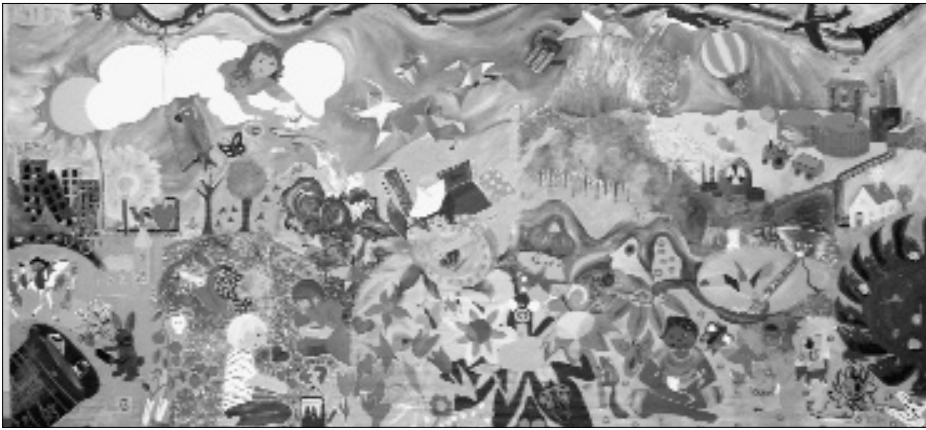


Truppenabzug bleibt sinnvollste Strategie für Afghanistan

Die Generalsekretärin von pax christi, Christine Hoffmann, erklärte in einem Interview mit Dom Radio Köln ihr ausdrückliches Mitgefühl mit den im Afghanistaneinsatz der Bundeswehr gefallenen Soldaten und deren Angehörigen. „Wenn der Verteidigungsminister von Verantwortung gegenüber den SoldatInnen spricht, dann nehme ich das sehr ernst, doch ein „weiter so“ in Afghanistan ist dafür das falsche Signal.“

Der von Bundesminister Jung betonte Unterschied zwischen Krieg und Kampfeinsatz ist ein Spiel mit Worten. Tatsache ist, dass beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan Soldaten sterben. Für die Gefallenen macht es keinen Unterschied, ob von Krieg oder Kampfeinsatz gesprochen wird. Deutschland steht gegenüber den SoldatInnen und deren Familien in der Verantwortung – das ist wichtig und erfordert den Blick in die Zukunft, eine ehrliche Bilanzierung des Militäreinsatzes und eine Exitstrategie.

Wir machen seit Jahren die Erfahrung, dass sich beim Afghanistaneinsatz die Gewalt zuspitzt. Der zivile Aufbau gerät in den Hintergrund und die Bundeswehr wird mehr und mehr zur Zielscheibe von Angriffen und selbst zum Akteur in bewaffneten Kämpfen. In der Befriedung des Landes gibt es kaum Fortschritte, aber eine Eskalation der Gewalt. Der Versuch, einen humanitären Friedenseinsatz zu realisieren, muss als gescheitert angesehen werden. Das Militär wird von der Zivilbevölkerung in Afghanistan als Besatzung erlebt. Dem muss die Bundesregierung ins Auge sehen und auf eine Änderung der Strategie hinwirken.



Anne Stickel hat beim Kirchentag in Bremen bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Brot für die Welt und Evangelischem Entwicklungsdienst mit einem Freiwilligen-Team ein Wandbild zum Thema „Gottes Schöpfung bewahren“ geschaffen. Das Original ist farbig. Weitere Bilder unter www.eed.de

Es wäre Augenwischerei anzunehmen, die Bundeswehr würde nicht immer noch stärker in Kampfhandlungen verwickelt. Wer das nicht will, muss den Abzug der Truppen planen und vorbereiten. Dazu fordert pax christi seit Jahren auf.

Für die Zukunft Afghanistans geht es darum, den Aufbau der Infrastruktur und verlässlicher Rechts- und Sicherheitsstrukturen immer mehr in die Hände der Verantwortlichen vor Ort zu legen. Die Unterstützung beim Aufbau der Polizei macht Sinn. Aber Polizei ist eine zivile Aufgabe keine militärische.

Christine Hoffmann, Generalsekretärin Pax Christi
Sekretariat der deutschen Sektion, Berlin
Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel.: 030/2007678-0
Fax: 2007678-19, sekretariat@paxchristi.de

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

„... von der Hoffnung, die in uns ist“

Aufgrund von Diskussionen, die sich an dem 300-Seiten-Buch „Erinnern – für eine ökumenische Zukunft. 30 Jahre Plädoyer. 1979–2009“ entzündet haben, wurde das ursprüngliche Thema der Jubiläumstagung, die vom 9.–11. Oktober 2009 in der Evang. Akademie Loccum stattfindet, neu formuliert:

„... von der Hoffnung, die in uns ist“
(1. Petr. 3,15)

30 Jahre Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

Wir wollen künftige Prioritätensetzungen der ökumenischen Bewegung in Deutschland erarbeiten und mit denen des OeRK verbinden.

Martin Stöhr wird auf die Anfänge zurückblicken, Gert Rüppell das „Plädoyer“-Geschichte-Buch „Erinnern für eine ökumenische Zukunft“ (Lembeck) vorstellen.

Es gibt eine Podiumsdiskussion über die vier Sozialgestalten von Kirche sowie Arbeitsgruppen zu Themen wie

- ▷ *Oekumene der Zukunft ... jenseits konfessioneller Selbstgenügsamkeit?*
- ▷ *Oekumene der Religionen – auch bei uns?*
- ▷ *Oekumene für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ... als permanenter diskursiver Streit?*
- ▷ *Oekumene und Global Governance ... zwischen nationalen Interessen und einer multipolaren Welt*
- ▷ *Oekumene des Voneinander-Lernens ... als „globales“ Projekt?*

Wir hören „Voices of Concern and Hope“ aus anderen Weltregionen.

Am Samstag begehen wir einen Kulturellen Abend mit Musik und Kabarett.

Am Sonntag zeigt Geiko Müller-Fahrenholz unter der Überschrift „Ehre sei Gott und Friede auf Erden – Die internationale ökumenische Friedenskonvokation“ (17.–25. Mai 2011 in Jamaica) die inhaltlichen Diskussionsstränge auf und beschreibt den weiteren Prozess.

Es gibt noch ein weiteres köstliches Tagungs-Bonbon: Wer Lust hat, greift zu Acrylfarben und wirkt mit an einem Mural. Anne Stickel wird zum gemeinsamen Werk anleiten. Seit fast fünf Jahren arbeitet sie mit Murales, das sind auf Mauern gemalte Bilder. Der Begriff kommt vom spanischen Wort „Muro“ – „Mauer“. Entstanden sind die Murales als revolutionäre Kunstform in Mexiko. Für die junge Künstlerin und Theologin Anne Stickel sind Gemeinschafts-Murales ein Mittel zur Konfliktüberwindung. Sie arbeitet als Fachkraft für den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) beim costaricanischen ökumenischen Forschungszentrum DEI. Dort ist die Arbeit mit Gemeinschafts-Murales ein Bestandteil ihrer Arbeit, sie hat bereits Erfahrungen mit Kriegsüberlebenden in Salvador gesammelt, genau wie mit Mitgliedern krimineller Jugendbanden („Maras“) und anderen Menschen, die unter Verdrängung und Gewalt leiden.

Anne Stickel möchte die Interessierten schon vor Beginn der Tagung (um 15.30 Uhr mit Kaffee, Tee und Kuchen) am Freitag, den 9. Oktober, um 14.30 Uhr über das Vorhaben und seinen Ablauf informieren. Es geht ja um ein Gemeinschaftsbild, um gemeinsames Träumen und Schaffen. Das Thema unseres Wandbildes wird sein: „Die Hoffnung, die uns bewegt“.

Der Einladungsflyer wird im August von der Evang. Akademie Loccum verschickt.

Kontakt: Werner Gebert, Plädoyer-Geschäftsführer
Banweg 14, 72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/95 98 98
Fax: -95 98 94, euw.gebert@t-online.de

► Initiative Kirche von unten – IKvu



Zur Enzyklika „Caritas in Veritate“: Kein mutiges Wort angesichts der Krisen

Lange mit Spannung erwartet war die päpstliche Sozialenzyklika „Caritas in Veritate“. Doch der Text ist im Ergebnis dünn und schwammig.

„Caritas in Veritate“ kommt als theologisches Fachgespräch daher: Geschrieben in einer komplizierten Sprache, ist sie für Laien wenig verständlich. Das ist bedauerlich angesichts weltweiter Wirtschaftskrisen, die klare und verständliche Leitlinien auf christlicher Grundlage herausfordern. Zu Recht wurde erwartet, dass der Papst Lösungs- und Handlungsvorschläge ebenso wie Verantwortliche benennt – die christliche Soziallehre bietet da einen reichen Fundus. Diese Hoffnung wurde enttäuscht.

Auch wenn „Caritas in Veritate“ durchaus wichtige Stellungnahmen zur Themen der Globalisierung enthält – u. a. Rechte von MigrantInnen, Sextourismus, Misswirtschaft, Religionsfreiheit, Umweltzerstörung – entsteht der Eindruck eines hilflosen Sammel-suriums.

Ein Defizit ist das völlige Ignorieren der Tatsache, dass nur ein Handeln in ökumenischer Geschwisterlichkeit aller Menschen und vor allem der christlichen Kirchen gegen die Krisen und die sie verursachenden Instanzen zukunftstauglich ist. Zu Recht bemängelt daher der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach SJ, dass ein echter Dialog mit all den Menschen, die sich um eine wirkliche menschliche Entwicklung der Welt bemühen, mit dieser Enzyklika nicht gelingen wird.

Stattdessen greift der Text auf die Idee einer Superinstitution zurück. Statt bewährte demokratische Instrumente wie Partizipation, Transparenz, Abbau von Hierarchien

etc. zu stärken, sieht der Papst die Lösung im Rückgriff auf ein autoritäres Steuerungsmodell, das schon im eigenen System längst nicht mehr funktioniert, weil es Teil des Problems ist. Die lange erwartete Enzyklika ist kein großer Wurf: Sie ist weder ein prophetischer Aufschrei angesichts der Krise noch ein konstruktives Angebot.

Kontakt: Initiative Kirche von unten (IKvu)
Bernd Zielmann, IKvu-Leitungsteam
Tel.: 0 23 24 / 59 67 39, zielmann@ikvu.de
Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn
www.ikvu.de

► Kairos Europa



Frage der ökologischen Schulden deutlicher im Konziliaren Prozess verankern

Den Fragen der ökologischen Schulden und der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Mensch und Umwelt widmet sich Kairos Europa auf einer Tagung vom **25. bis 27. September 2009** im Oekumenischen Bildungszentrum „Santclara“ in Mannheim.

Unter dem Tagungsthema „Finanzkrise, Umweltkrise, Systemkrise – Wie weiter im Konziliaren Prozess angesichts der Potenzialisierung der weltweiten Verwerfungen?“ werden Beiträge erwartet u. a. von Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Emmendingen), Dr. Susan George (Paris), Dr. Rogate Mshana, (Genf/Tansania), Dr. Boniface Mabanza (Heidelberg/Dem. Rep. Kongo).

Nähere Informationen unter www.kairoseuropa.de sowie über das Kairos Europa-Büro in Heidelberg
Kontakt: Kairos Europa, Hegenichstr. 22
69124 Heidelberg, Martin Gück, Tel.: 0 62 21 / 71 60 05
info@kairoseuropa.de

► 30. Oekumenische FriedensDekade vom 8. bis 18. November 2009

„Mauern überwinden“, so lautet das Motto der 30. FriedensDekade vom **8.–18. November 2009**. Mauern bieten Schutz, sie können aber auch ausgrenzen. Das Motto lädt ein, über real existierende Mauern zu informieren: Zum Beispiel zwischen dem besetzten Westjordanland und Israel, zwi-

schen den USA und Mexiko, zwischen Nord- und Südkorea, auf Zypern oder in der Westsahara.

Aber auch auf die unsichtbaren Mauern wie um die Festung Europa, zwischen arm und reich bis zu den Mauern in unseren Köpfen gilt es aufmerksam zu machen.

Mauern müssen nicht bleiben. Das hat uns die Geschichte des deutschen Mauerfalls vor 20 Jahren gezeigt. Das Trennende kann überwunden werden, wie uns viele Beispiele aus der Friedensarbeit lehren. Ehemalige palästinensische Kämpfer engagieren sich mit ehemaligen israelischen Soldaten zusammen in der Initiative „Kämpfer für den Frieden“, serbische Ex-Soldaten treffen sich mit kroatischen Ex-Soldaten.

Es lohnt sich, solche Initiativen in der FriedensDekade vorzustellen. Hinweise dazu finden sich in den zur Friedensdekade angebotenen Materialien.

Materialien können bestellt werden bei:
Knotenpunkt, Beller Weg 6, 56290 Buch/Hunsrück
Tel.: 0 67 62 / 22 61, Fax: 29 95
knotenpunkt@t-online.de, www.friedensdekade.de

► Dekade zur Überwindung von Gewalt

Wahlprüfsteine aus Nordelbien für die Bundestagswahl 2009

Die nordelbische Kirche hat einen Flyer mit „Zwanzig Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2009 – Zur zivilen und militärischen Rolle Deutschlands in den Krisengebieten der Welt“ veröffentlicht. Die Wahlprüfsteine sind auf Vorschlag des Ausschusses der Kirchenleitung für Frieden und Abrüstung von der Kirchenleitung im Juni 2009 verabschiedet worden.

Unter den zahlreichen Fragen an die Bundestagskandidaten lautet eine zur Zivilen Konfliktbearbeitung: (ZKB) „Die Mittel, die in den verschiedenen Haushalten für die ZKB vorgesehen sind, betragen nur ca. 15 % im Vergleich zu den für das Verteidigungsministerium vorgesehenen Mitteln. – Halten Sie dieses Verhältnis für angemessen oder werden Sie sich für eine Veränderung dieses Verhältnisses zu Gunsten der ZKB einsetzen?“

Allgemein herrscht die Auffassung, dass im Konfliktfall zivile Maßnahmen Vorrang vor militärischen haben sollen. – Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen friedens-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Grundsatz zukünftig stärker zur Geltung zu bringen? Allgemein herrscht die Auffassung, dass im Konfliktfall zivile Maßnahmen Vorrang vor militärischen haben sollen.“

Kontakt: Arbeitsstelle „Gewalt überwinden“ der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche
Dr. Marianne Subklew, Wulfsdorfer Weg 29
22949 Ammersbek, Tel.: 0 40 / 60 55 80 22
info@gewalt-ueberwinden

Arbeitshilfe zur Friedenskonvokation aus Hannover

Eine über 70seitige Arbeitshilfe zur Vorbereitung der Internationalen Oekumenischen Friedenskonvokation hat die hannoveraner Kirche veröffentlicht. Ein großer Teil der von einem siebenköpfigen Redaktionsteam erstellten Broschüre ist auch in anderen Kirchen einsetzbar.

Kontakt: Haus kirchlicher Dienste
Arbeitsstelle Friedensarbeit, Klaus J. Burckhardt
Archivstr. 3, 30169 Hannover, Tel.: 05 11 / 12 41 - 468
oder -560, Fax: 12 41 - 499
burckhardt@kirchliche-dienste.de

► Versöhnungsbund



Frieden als Genderfrage?

Mit Genderfragen und Frieden befasst sich der Versöhnungsbund. Ziel des Workshops vom **12.–13.09.2009** ist es, zum einen den Teilnehmenden Kenntnisse zu theoretischen Fragen der Geschlechterforschung zu vermitteln, die Teilnehmenden zu sensibilisieren für ihr eigenes geschlechterbezogenes Verhalten, vor allem in Bezug auf Sprache, Interaktion und Kommunikation, und schließlich Vorschläge für eine gendergerechte Arbeit des Verbandes zu erarbeiten.

Am Vorabend des Workshops, am **11.09.**, sollen im Rahmen einer offenen Sitzung der Genderkommission die Jahrestagung 2009 und die Ergebnisse einer Fragebogenaktion zum Thema ausgewertet werden. Ferner soll über die Ziele von Gendermainstreaming im Versöhnungsbund diskutiert werden. Der Workshop findet statt im Bildungszentrum Jugendhof, Oeynhausener Str. 1, Vlotho.

Für alle, die den christlichen Friedensauftrag angenommen haben und sich mit der Friedensdenkschrift der EKD von 2007: „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ befassen:

Sonderheft „Forum Pazifismus“, Matthias Engelke
Frieden mit dem Militär?! – Zur Kritik an der EKD-Friedensdenkschrift, Mai 2009
36 S. (A4), EUR 3,-

Kontakt: Geschäftsstelle Versöhnungsbund
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel.: 05 71 / 85 08 75, Fax: 8 29 23 87
vb@versoehnungsbund.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel.: 01 75 / 9 09 32 89
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Dr. Günther Overlach
Am Lindenhofe, D-30519 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 48 71-08, Fax: -09
g.g.j.overlach@t-online.de

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21
Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de

Förder mit glied schaft

bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den

OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST

sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmittthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmittthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland